



Verband der Solidarität freier Wohlfahrtsorganisationen e.V.

Info-Brief Januar 2021

EU Informationen

Information der ESF-Fondsverwaltung zum Europäischen Sozialfonds 2021 -2017

Formal beginnt die ESF-Förderphase 2021–2027 am 01.01.2021. Der Mehrjährige Finanzrahmen MFR wurde mittlerweile auf europäischer Ebene verabschiedet. Der Beschluss muss nun noch von allen 27 EU-Mitgliedstaaten im Einklang mit ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften gebilligt werden, damit er in Kraft treten kann.

Der reale Beginn wird sich dadurch voraussichtlich in die zweite Jahreshälfte 2021 verschieben.

Programme und Projekte werden somit in der ersten Jahreshälfte 2021 weiterhin aus der aktuellen ESF-Förderphase 2014–2020 fortgesetzt und auch bewilligt.

Quelle: Newsletter ARBEIT.NRW 01/ 2021

Corona-Teilhabe-Fonds für Inklusionsbetriebe und Sozialunternehmen

Einrichtungen der Behindertenhilfe, Sozialkaufhäuser und gemeinnützige Sozialunternehmen waren in den vergangenen Monaten hart von den Folgen der Pandemie betroffen. Auch rund 900 Inklusionsbetriebe, in denen Menschen mit Schwerbehinderung arbeiten, litten unter Schließungen und Umsatzausfällen. Viele dieser Unternehmen konnten bisher nur eingeschränkt oder gar nicht von Corona-Hilfen profitieren. Der Deutsche Bundestag hat daher beschlossen, für die genannten Institutionen 100 Millionen Euro bereit zu stellen. Dazu hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales nun eine [Förderrichtlinie](#) erlassen und Verwaltungsvereinbarungen mit den Bundesländern getroffen. Ab 1. Januar 2021 kann die Hilfe beim Integrationsamt des jeweiligen Bundeslandes für den Zeitraum September 2020 bis März 2021 beantragt werden.

[Weitere Infos](#) auf der Internetseite der IHK Hannover

Berufsorientierungsprogramm (BOP): zeitlich befristete Flexibilisierung beschlossen

Durch die Einschränkungen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie können eine Vielzahl von Maßnahmen im Rahmen des Berufsorientierungsprogramms (BOP) aktuell nicht durchgeführt werden.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat [Ausnahmeregelungen](#) beschlossen, damit möglichst vielen Schülern/innen trotz der pandemiebedingten Sondersituation von den Maßnahmen der Berufsorientierung profitieren können. Sie gelten für die Haushaltjahre 2020 und 2021.

Eine [Antragstellung](#) für das BOP für die Antragsrunde 2021 (Projektzeitraum 01.01.2022 – 31.08.2023 bzw. 31.12.2022) ist ab Januar 2021 nicht möglich. Der Antragszeitraum verschiebt sich auf den Zeitraum vom 01.04.2021 bis 31.05.2021

Jobcenter 2021: Bundesmittel für "SGB-II-Eingliederungsleistungen" und "Gesamtverwaltungskosten"

Das Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) informiert in einer Übersicht über die Höhe der Bundesmittel für die einzelnen Jobcenter - 302 Jobcenter gE (gemeinsame Einrichtungen) und 104 Jobcenter zKT (zugelassene kommunale Träger) - für "Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II" und den Bundesanteil an den "Gesamtverwaltungskosten" im Haushaltsjahr 2021.

[BIAJ-Tabelle](#) nach Beschluss des Bundeshaushalts 2021 durch den Bundestag und Veröffentlichung der Eingliederungsmittel-Verordnung 2021 (EingIMV 2021) am 21.12. 2020 - mit

Vergleich zu den Mittelzuteilungen für Ausgaben in 2020.

Wie und für welche Leistungen die einzelnen Jobcenter diese Bundesmittel für "SGB-II-Eingliederungsleistungen" und "Gesamtverwaltungskosten" ausgeben wollen (oder nicht ausgeben bzw. umschichten), kann bei den einzelnen Jobcentern erfragt werden (Stichworte: "Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm", "Wirtschaftsplan"/"Haushaltsplan").

Jobcenter: "Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II" 2020 – Ausgabemittel und Ausgaben

Nach Angaben des BIAJ wurden im Haushaltsjahr 2020 von den 302 Jobcentern gE ("gemeinsame Einrichtungen" von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen) insgesamt 3,077 Milliarden Euro für "Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II" ausgegeben – 81 Prozent der den Jobcentern gE für diesen Zweck zugeteilten 3,799 Milliarden Euro. Im Vergleich zum Vorjahr 2019 wurde von den Jobcentern gE 97,8 Mio. Euro (3,3 Prozent) mehr für "Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II" ausgegeben. Die Mehrausgaben in Höhe von 97,8 Mio. Euro erhöhen sich auf 175,7 Mio. Euro, wenn die Mehrausgaben in Höhe von 90 Mio. Euro aus dem zum 1. Januar 2019 eingeführten sog. Passiv-Aktiv-Transfer (PAT) und die Minderausgaben bei den nicht im SGB II geregelten Bundesprogrammen in Höhe von 12 Mio. Euro berücksichtigt werden.

[Weiterlesen](#)

Gesetzentwurf: Zweites Führungspositionen-Gesetz

Der Gesetzentwurf des Bundeskabinetts formuliert verbindliche Vorgaben für die Wirtschaft und den öffentlichen Dienst, um den Frauenanteil in Führungspositionen deutlich zu erhöhen.

[Weiterlesen](#) in der BMFSFJ-Meldung vom 06.01.2021

Hartz IV: Grüne und SPD wollen Regelungen reformieren

Die bestehenden Hartz-IV-Regelungen stehen schon lange in der Kritik. Zudem hatte das Bundesverfassungsgerichts Sanktionen gegen Verstöße teilweise für verfassungswidrig erklärt. Nun legen die Grünen und die SPD jeweils Konzepte vor, um die Regelungen zu reformieren. Dabei gehen die Grünen mit der Einführung einer sogenannten Garantiesicherung über die bisherigen Hartz-IV-Regelungen hinaus. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) plant den Zugang zu Hartz IV zu vereinfachen...

[Weiterlesen](#) in den Jugendsozialarbeit News vom 18.01.2021

Diakonie Deutschland schlägt Bundesprogramm "Digitale Beteiligung" vor

Ein Bundesprogramm "Digitale Beteiligung" fordert die Diakonie Deutschland in einem Positionspapier. Damit sollen innerhalb von vier Jahren digitale Zugänge für alle Bevölkerungsgruppen geschaffen werden. In einer Zeit fortschreitender Digitalisierung, in der wirtschaftliche, soziale und kulturelle Teilhabe in immer stärkerem Maße einen digitalen Zugang voraussetzten, werde die ohnehin schwierige Beteiligung von Menschen in Armut ohne digitale Zugänge noch weiter erschwert. Verschärft werde diese Benachteiligung durch die Corona-Krise.

[Weiterlesen](#) im überaus Newsletter 01/21

"hib" und "DIP" – Meldungen Januar 2021 – In chronologischer Reihenfolge

Kein Anspruch auf Vermittlungsgutschein (*Drucksache-DS:19/25206 - Vermittlungsgutscheine für Arbeitslose – Private Arbeitsvermittlung*)

Die Bundesregierung plant derzeit nicht, auch im Rechtskreis des SGB II (Zweites Buch Sozialgesetzbuch) einen Rechtsanspruch auf Ausstellung eines Vermittlungsgutscheins für eine Maßnahme bei einem Träger der privaten Arbeitsvermittlung zu schaffen. Das betont die Regierung in einer Antwort ([19/25206](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/24717](#)) der AfD-

Fraktion. Im SGB III, also im Bereich der Arbeitslosenversicherung, gibt es einen solchen Rechtsanspruch bereits. Bezieher von Hartz-IV-Leistungen können nach Ermessen des Jobcenters ebenfalls einen solchen Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein (AVGS-MPAV) erhalten, haben aber keinen Anspruch darauf.

Quelle: hib-Meldung 13 vom 05.01.2021

Einfluss auf Beschäftigungssicherungsgesetz (Drucksache-DS:19/25227 *Einflussnahme von Interessenvertretern/innen auf den Gesetzentwurf der Bundesregierung (Beschäftigungssicherungsgesetz – BeschSiG)*)

Der Gesetzgebungsprozess im Zuge der Erarbeitung des Beschäftigungssicherungsgesetzes ist nach den üblichen Kriterien der Transparenz und unter Beteiligung der betroffenen Verbände erfolgt. Das betont die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/25227](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/24265](#)) der Fraktion Die Linke.

Quelle: hib-Meldung 13 vom 05.01.2021

Anforderungen bei der Arbeit (Drucksache-DS:19/25224 - *Alternde Belegschaften und psychische Belastungen bei der Arbeit*)

Im Jahr 2018 ist von 8,2 Prozent der Beschäftigten verlangt worden, bei der Arbeit nicht Erlerntes/Beherrschtes zu können (2012: 7,6 Prozent). 43,6 Prozent dieser Gruppe haben dies als Belastung empfunden (2012: 42,3 Prozent). Das geht aus der Antwort ([19/25224](#)) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage ([19/23898](#)) der Fraktion Die Linke hervor.

Quelle: hib-Meldung 30 vom 07.01.2021

Hilfe für die Werkstätten während der Pandemie (Drucksache-DS:19/25204 - *Situation der Werkstätten für behinderte Menschen während der SARS-CoV-2-Pandemie*)

Aufgrund der COVID-19-Pandemie und der drastischen Auswirkungen auch auf die Arbeits- und Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen hat sich die Bundesregierung ausnahmsweise bereit erklärt, einmalig einen Teil der Kosten für eine Milderung der damit einhergehenden Einnahmeausfälle der Werkstätten zu übernehmen und somit die Arbeitsentgelte der Werkstattbeschäftigten zu sichern. Die Bundesregierung verzichtet dazu in diesem Jahr auf rund 58,3 Millionen Euro, die dem von ihr verwalteten Ausgleichsfonds aus dem Aufkommen der Ausgleichsabgabe zustehen würden. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/25204](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/24747](#)) der FDP-Fraktion.

Aus der Antwort geht auch hervor, dass am Jahresende 2019 nach der Statistik des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) des Statistischen Bundesamtes von insgesamt rund 273.500 Empfängern von Leistungen im Arbeitsbereich anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen knapp 67.300 Personen Grundsicherungsleistungen nach dem 4. Kapitel des SGB XII erhalten haben.

Quelle: hib-Meldung 30 vom 07.01.2021

Lange Arbeitszeiten in Industrie und Handwerk (Drucksache-DS:19/25420 - *Bericht der Bundesregierung über den Stand von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit und über das Unfall- und Berufskrankheitengeschehen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2019*)

Im Jahr 2019 hatten 92 Prozent der Männer Arbeitsverträge mit 35 Stunden und mehr, bei Frauen sind es 52 Prozent gewesen. Junge Beschäftigte (15 bis 34 Jahre) weisen insgesamt häufiger vertraglich vereinbarte Arbeitszeiten von 35 Stunden und mehr auf als ältere Beschäftigte. Vereinbarte Arbeitszeiten von 35 Stunden und mehr kommen vor allem in der Industrie (91 Prozent) und im Handwerk (88 Prozent) vor. Im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen zeigen sich in Dienstleistung (38 Prozent) und Öffentlichem Dienst (33 Prozent) häufiger vereinbarte Arbeitszeiten von 10 bis 34 Stunden. Diese Informationen sind Teil des Berichts der Bundesregierung über den Stand von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit und über das Unfall- und Berufskrankheitengeschehen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2019, der nun als Unterrichtung ([19/25420](#)) vorliegt.

Quelle: hib-Meldung 30 vom 07.01.2021

Programme zu Migration und Mobilität (*Drucksache-DS:19/25616 - Maßnahmen und Förderungen der Bundesregierung zur Erleichterung geordneter, sicherer, regulärer und verantwortungsvoller Migration und Mobilität*)

Über die Maßnahmen und Förderungen der Bundesregierung zur Erleichterung geordneter, sicherer, regulärer und verantwortungsvoller Migration und Mobilität berichtet diese tabellarisch in einer Antwort ([19/25616](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/24758](#)) der AfD-Fraktion. Angaben zu laufenden und abgeschlossenen Vorhaben der staatlichen sowie nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit würden außerdem in der Datenbank der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) veröffentlicht.
Quelle: *hib-Meldung 43 vom 08.01.2021*

Neue Teilnehmer an Allgemeinen Integrationskursen (*Drucksache-DS:19/25291 - Inaktivität von Teilnehmern an Integrationskursen (Kursabbrüche)*)

Im Zeitraum von Anfang 2010 bis Mitte 2020 sind insgesamt mehr als 1,28 Millionen neue Teilnehmer an Allgemeinen Integrationskursen verzeichnet worden. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung ([19/25291](#)) auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion ([19/24407](#)) hervor.
Quelle: *hib-Meldung 67 vom 14.01.2021*

Weniger Weiterbildungen im Jahr 2020 (*Drucksache-DS:19/25785 - Bericht der Bundesregierung über die Förderung der beruflichen Weiterbildung im Rahmen der aktiven Arbeitsförderung und die entsprechenden Ausgaben*)

Die Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen im Rahmen der Arbeitsförderung als auch die berufliche Weiterbildung waren im Jahr 2020 pandemiebedingt eingeschränkt. Das geht aus dem Bericht der Bundesregierung über die Förderung der beruflichen Weiterbildung hervor, der als Unterrichtung ([19/25785](#)) vorliegt.

Darin heißt es zu den durch die Bundesagentur für Arbeit geförderten Weiterbildungen: "Waren in den ersten beiden Monaten des Jahres 2020 noch steigende Eintrittszahlen zu verzeichnen, so ging in den Folgemonaten die Zahl der Eintritte insgesamt und in der Folge auch der Teilnehmerbestand rechtskreisübergreifend zurück." Weiter heißt es: "Im April 2020 brachen die Eintritte sehr stark ein. Im Vergleich zum Vorjahresmonat reduzierten sich die Eintritte insgesamt um 57,5 Prozent. Abschlussorientierte Maßnahmen waren etwas weniger stark betroffen. Die Eintritte aller Gruppen sind zurückgegangen. Alleinerziehende, Personen ohne Berufsabschluss und Jüngere waren allerdings überproportional betroffen."..
[Weiterlesen](#) in der *hib-Meldung 85 vom 20.01.2021*

Rückgang der Maßnahmen zur Arbeitsförderung (*Drucksache-DS:19/25684 Arbeitsförderung nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch während der Corona-Pandemie*)

Die Eintritte in Maßnahmen der Arbeitsförderung im Rahmen des SGB II (Zweites Buch Sozialgesetzbuch) sind im Zuge der Corona-Pandemie zurückgegangen. Das geht aus der Antwort ([19/25684](#)) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage ([19/25443](#)) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hervor.

So wurden im August 2020 rund 64.000 Eintritte in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gezählt. Im Bestand wurden insgesamt rund 278.000 Geförderte ausgewiesen. Im August 2019 lagen die entsprechenden Werte demnach bei rund 99.000 Eintritten beziehungsweise rund 325.000 Geförderten im Bestand. Die Bundesregierung betont in der Antwort, dass auch während der Corona-Pandemie die Förderung langzeitarbeitsloser Menschen Priorität habe.

Quelle: *hib-Meldung 85 vom 20.01.2021*

Zusammenarbeit in Jugendberufsagenturen (*Drucksache-DS:19/25770 Jugendberufsagenturen*)

Die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit verschiedener Träger im Rahmen der Jugendberufsagenturen gestaltet sich gerade im ländlichen Raum schwierig. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/25770](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/25460](#)) der FDP-Fraktion.

Rückmeldungen aus der Praxis hätten ergeben, dass eine der größten Schwierigkeiten einer solchen Zusammenarbeit der fehlende IT-gestützte Austausch zwischen den Sozialleistungsträgern darstellt. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) habe daher in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), den kommunalen Spitzenverbänden sowie den Anwendern selbst das IT-Verfahren "YouConnect" entwickelt. Das werde den Akteuren einer Jugendberufsagentur für die gemeinsame Fallarbeit ab Januar 2021 flächendeckend zur Verfügung gestellt...

Quelle: *hib-Meldung 85 vom 20.01.2021*

Arbeitsrecht

Das gilt ab sofort fürs Homeoffice - Neue Regeln treten in Kraft

Für Arbeitgeber gelten ab dem 27.01.2021 neue Vorgaben zum Homeoffice. Mit dem Inkrafttreten der neuen "SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung" des Bundesarbeitsministeriums werden sie "verpflichtet", Beschäftigten in bestimmten Fällen das Arbeiten von zu Hause anzubieten. Zudem werden die Regeln für den Infektionsschutz am Arbeitsplatz verschärft. Die Verordnung ist befristet und gilt nur bis zum 15. März 2021. Falls die Lage sich nicht entspannt, könnte sie von der Regierung aber auch verlängert werden.

[Weiterlesen](#) auf n-tv

Wann dürfen Beschäftigte im Homeoffice überwacht werden?

Seit Corona arbeiten viele Angestellte zu Hause. Für deren Kontrolle setzen einige Arbeitgeber Überwachungssoftware ein – nicht immer legal.

Die Stiftung Warentest berichtet in der Zeitschrift "[test](#)" (Ausgabe 02/2021), was zulässig ist und was nicht.

Keine Kündigung bei Corona

Allein ein Hinweis auf Corona oder einen Umsatzrückgang aufgrund der Pandemie reicht nicht aus, um eine betriebsbedingte Kündigung zu rechtfertigen. Der Arbeitgeber muss vielmehr anhand seiner Auftrags- und Personalplanung im Einzelnen darlegen, warum nicht nur eine kurzfristige Auftragschwankung vorliegt, sondern ein dauerhafter Auftragsrückgang zu erwarten ist. Wird im Betrieb Kurzarbeit geleistet, spricht dies gegen einen dauerhaft gesunkenen Beschäftigungsbedarf.

Arbeitsgericht Berlin, [Urteil vom 5. November 2020 – 38 Ca 4569/20](#)

Entgeltgleichheitsklage - Auskunft über das Vergleichsentgelt - Vermutung der Benachteiligung wegen des Geschlechts

Klagt eine Frau auf gleiches Entgelt für gleiche oder gleichwertige Arbeit (Art. 157 AEUV, § 3 Abs. 1 und § 7 EntgTranspG), begründet der Umstand, dass ihr Entgelt geringer ist als das vom Arbeitgeber nach §§ 10 ff. EntgTranspG mitgeteilte Vergleichsentgelt (Median-Entgelt) der männlichen Vergleichsperson, regelmäßig die - vom Arbeitgeber widerlegbare - Vermutung, dass die Benachteiligung beim Entgelt wegen des Geschlechts erfolgt ist...

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 21. Januar 2021 - 8 AZR 488/19 -

[Weiterlesen](#) in der BAG Pressemitteilung vom 1/21 vom 21. Januar 2021

Jobcenter muss Schülerin PC und Internet für Homeoffice bezahlen

Das Landessozialgericht Erfurt verpflichtet Jobcenter zur Beschaffung eines internetfähigen Computers zur Teilnahme an pandemiebedingtem Hausschulunterricht

Die Antragstellerin bezieht SGB II Leistungen und besucht die 8. Klasse der Staatlichen Grund- und Regelschule. Ihre Mutter beantragte beim Jobcenter die Übernahme der Kosten für einen Computer sowie Drucker nebst Zubehör für den Schulunterricht. Das Jobcenter verneinte ebenso wie das Sozialgericht Nordhausen im einstweiligen Rechtsschutzverfahren einen Anspruch.

Das Thüringer Landessozialgericht hat auf die Beschwerde der Antragstellerin hin durch Beschluss vom 8. Januar 2021 den Beschluss des Sozialgerichts abgeändert und das Job-

center im Wege der Einstweiligen Anordnung verpflichtet, der Antragstellerin ein internetfähiges Endgerät nebst Zubehör (Bildschirm, Tastatur, Maus, Drucker und drei Druckerpatronen) zur Verfügung zu stellen... Die Entscheidung ist unanfechtbar (Az.: L 9 AS 862/20 BER). [Weiterlesen](#) in der Pressemitteilung des LSG Erfurt vom 19.01.2021

Aktuelles aus dem Internet

Das ändert sich 2021

[Übersicht](#) über die wesentlichen Änderungen und Neuregelungen, die zum Jahresbeginn und im Laufe des Jahres 2021 im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales wirksam werden.

Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Deutschland

Wirtschaft und Arbeitsmarkt stehen durch die Ausbreitung des Coronavirus vor großen Herausforderungen. Zur Unterstützung von Beschäftigten und Unternehmen hat der Bundestag im Eilverfahren u.a. einen leichteren Zugang zum Kurzarbeitergeld beschlossen.

Diese [IAB-Infoplattform](#) stellt Einschätzungen aus Forschung und Politik zu den Auswirkungen der Pandemie auf den Arbeitsmarkt, die wirtschaftliche Entwicklung und notwendige Maßnahmen in Deutschland zusammen.

IAB-Informationsportal:

Einschätzungen des IAB zu den Folgen der Covid-19-Pandemie

Auf dieser [IAB-Seite](#) lesen Sie Einschätzungen von Forschern/innen sowie aktuelle Daten des IAB zu den Auswirkungen der Pandemie auf den Arbeitsmarkt. Darüber hinaus stellt das IAB weitere Informationsangebote zu diesem Thema bereit.

Arbeitsmarkt im Kontext der Coronakrise

Die Bundesagentur für Arbeit hat eine Vielzahl an Tabellen, Berichten und Statistiken zu den [Auswirkungen von Corona auf den Arbeitsmarkt](#) erstellt.

Ausbilden in Corona-Zeiten

Für die Ausbilder/innen in den Betrieben stellen sich aufgrund der anhaltenden Einschränkungen durch COVID19 bisher nicht gekannte Fragen. Mit welchen Problemen ist in der täglichen Ausbildungspraxis zu rechnen und wie kann ein "Corona-Ausbildungsmanagement" in den Betrieben aussehen?

Mehr dazu auf www.foraus.de, dem Portal für Ausbilder/innen im Betrieb.

Ausbildung in Zeiten von Corona

Die Corona-Pandemie mit ihren vielfältigen wirtschaftlichen Folgen ist eine große Herausforderung für die duale Berufsausbildung. So mussten auch die meisten Berufsschulklassen aufgrund der Kontaktbeschränkungen während der ersten Corona-Welle 2020 schließen. Eine Befragung von Ausbildungsleitungen zeigt, wie und mit welchen Mitteln sich die Betriebe in dieser Zeit der Lage stellten. Trotz massiver Einschränkungen in den Betrieben konnte die Ausbildung grundsätzlich weitergeführt werden.

[Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Ausbildungsbetriebe](#)

Weiterbildungsbranche von Corona schwer getroffen

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben weitreichende Folgen für die Weiterbildungsbranche. Ausschlaggebend hierfür sind vor allem Umsatzrückgänge infolge eines nur in Teilen realisierten Veranstaltungsangebots. Entsprechend beurteilten die Weiterbildungsanbieter in einer im Sommer 2020 durchgeführten Befragung ihre wirtschaftliche Lage deutlich schlechter als noch im Jahr zuvor. Dies zeigen erste Ergebnisse der wbmonitor-Umfrage 2020 des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung - Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e.V. (DIE).

[Weiterlesen](#) in der BIBB-Pressemitteilung vom 20.01.2021

Homeoffice als New Normal?

Wird das Homeoffice die neue Normalität in der Arbeitswelt? "Mobile Arbeit und Homeoffice galten im Diskurs um ‚Arbeit 4.0‘ eher als Modethemen. Mit der Corona-Pandemie erleben wir nun ein Massenexperiment", schreibt der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann in einem [Gastbeitrag](#) fürs Handelsblatt.

Neue Infoplattform des BAMF: Das BAMF-NAvi

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat ein neues digitales Auskunftssystem an den Start gebracht. Es ermöglicht eine vereinfachte Navigation in den Bereichen Asylverfahren und Integration. Dazu gehört auch, dass wohnortnahe Integrationsangebote besser gefunden werden können.

Das "[BAMF-NAvi](#)" bietet eine kartenbasierte Darstellung der Informationen und steht sowohl als mobile Version sowie für den Desktop zur Verfügung.

Einmalig breite Allianz fordert Anhebung der Regelsätze auf mindestens 600 Euro und weitere Corona-Soforthilfen für arme Menschen

Spitzenvertreter/innen von 36 bundesweiten Gewerkschaften und Verbänden fordern in einem gemeinsamen Aufruf die zügige Anhebung der Regelsätze in Hartz IV und Altersgrundsicherung auf mindestens 600 Euro sowie sofortige zusätzliche Corona-Hilfen für arme Menschen. Das Spektrum der Unterzeichnenden des Aufrufs "Soforthilfen für die Armen - jetzt!!" reicht von Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, über Kultur, Wohnen, Umwelt bis zu Selbsthilfe und Gesundheit. Eine derart breite zivilgesellschaftliche Allianz für eine bedarfsgerechte, armutsfeste Anpassung der Regelsätze auf ein konkretes Niveau gab es noch nie. Die bisherige politische Unterlassung, arme Menschen durch eine auskömmliche Grundsicherung und effektive Corona-Hilfen zu entlasten, komme einem "armutspolitischen Offenbarungseid" gleich, so die Kritik...

[Weiterlesen](#) in der Pressemitteilung des Paritätischen vom 25.01.2021 und auf [FAZ.NET](#)

Veröffentlichungen

IAB-Bibliothek Band 373: **Effekte arbeitsmarktpolitischer Reformen**

Die IAB-Studie: [Effekte arbeitsmarktpolitischer Reformen - Beschäftigung in Deutschland 1987 und 2007](#) untersucht die Effekte der deutschen Arbeitsmarktreformen der vergangenen dreißig Jahre. Die Analyse zeigt, inwiefern verschiedene Personengruppen oder Wirtschaftszweige betroffen sind und die Auswirkungen der Flexibilisierung in unterschiedlichem Ausmaß tragen.

Erwerbslose in der Grundsicherung: Welche Faktoren begünstigen die Aufnahme stabiler Beschäftigungsverhältnisse?

Entgegen verbreiteter Annahmen nehmen erwerbslose Arbeitslosengeld-II-Beziehende in einem nicht zu vernachlässigenden Umfang (wieder) eine Beschäftigung auf. Diese Beschäftigungsverhältnisse sind jedoch oft nicht von langer Dauer - kein ganz neuer Befund. Weniger klar ist indes, welche Faktoren die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung begünstigen. Das Gleiche gilt für die Faktoren, die deren Dauer beeinflussen. Eine [aktuelle Studie](#) des IAB liefert neue Erkenntnisse.

IAB-Forschungsbericht: **Förderung geringqualifizierter Jugendlicher und Erwachsener**

Der [IAB-Forschungsbericht 17/2020](#) stellt die Ergebnisse der Implementationsanalyse des "Modellprojekts zur Förderung geringqualifizierter Jugendlicher und Erwachsener" in Nordrhein-Westfalen vor. Das Programm richtete sich an Personen zwischen 21 und 45 Jahren mit einem Schulabschluss. Es vermittelte eine zertifizierte Berufsausbildung. Der Prozess der Qualifizierung erfolgte bei Bildungsträgern und war modular aufgebaut. Die Teilnehmenden wurden während des Projektverlaufs durch Qualifizierungscoaches begleitet.

Bericht der Bundesregierung über die Förderung der beruflichen Weiterbildung im Rahmen der aktiven Arbeitsförderung und die entsprechenden Ausgaben

Der [Bericht der Bundesregierung über die Förderung der beruflichen Weiterbildung und die entsprechenden Ausgaben](#) zeigt, dass die Weiterbildungsförderung durch die Agenturen für Arbeit und der Jobcenter im Jahr 2019 an Dynamik gewonnen hat. Dies betrifft insbesondere die Weiterbildungsförderung Beschäftigter, die mit dem Qualifizierungschancengesetz verbessert worden ist. Die Steigerung im Vergleich zum Vorjahr ist hier mit gut 23 Prozent überdurchschnittlich hoch ausgefallen. Diese Entwicklung hat sich im Jahr 2020 infolge der COVID-19-Pandemie nicht in gleicher Weise fortsetzen können, auch wenn viele Weiterbildungsmaßnahmen in alternativen Formaten fortgeführt werden konnten.

BKK-Gesundheitsreport 2020: Gesund mobil arbeiten

Das Homeoffice ist nur ein Aspekt des mobilen Arbeitens. In den vergangenen Jahren hat auch das Pendeln zwischen Wohnung und Firma erheblich zugenommen. Beide Varianten – Homeoffice und Pendeln – unterstreichen die große Bedeutung der Mobilität im Arbeitsalltag. Der knapp 500 Seiten starke BKK-Gesundheitsreport widmet sein Schwerpunktthema diesen beiden Mobilitätsformen.

[Zusammenfassung](#) und Download im BFS-Trendinfo 01/21

“Corona-Helden“ drohen Einkommensverluste: Außer Beifall nichts gewesen

Im Frühjahr 2020 bekamen Pflegende, Verkäufer/innen und alle, “die das Land am Laufen halten“, reichlich Lob und Zuspruch. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung zur Lohneinkommensentwicklung bis 2025 zeigt, dass den unteren Lohngruppen künftig reale Einkommensverluste drohen, während sich die Bezieher höherer Gehälter auf Zuwächse freuen dürfen. Eine aktuelle Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung konzentriert sich auf die unmittelbaren sozialen Folgen der Corona-Krise und sieht ebenfalls die unteren Lohngruppen unter Druck.

[Zusammenfassung](#) und Download im BFS-Trendinfo 01/21

Weniger Langzeitarbeitslose bei mehr Langzeitleistungsbeziehenden in NRW

Der G.I.B.-Kurzbericht 3/2020 Kurzbericht beschäftigt sich mit der Entwicklung der Langzeitleistungsbeziehenden und Langzeitarbeitslosen in Nordrhein-Westfalen, betrachtet deren Schnittmenge und differenziert nach Personenmerkmalen.

Mit Langzeitleistungsbeziehenden werden in der öffentlichen Wahrnehmung oft Langzeitarbeitslose gemeint – und umgekehrt. Eine Unterscheidung ist jedoch wichtig, denn Langzeitarbeitslosigkeit und Langzeitleistungsbezug sind nicht deckungsgleich. So waren im Dezember 2019 lediglich 23,5 Prozent der Langzeitleistungsbeziehenden gleichzeitig langzeitarbeitslos.

[Zusammenfassung](#) und Download im G.I.B.Newsletter 426

Wer ist wann zu alt zum Arbeiten?

Bei der Frage, wer wann zu alt zum Arbeiten ist, spielen sozial abgeleitete Normen wie geschlechterspezifische Stereotype und die Diskriminierung von Älteren eine erhebliche Rolle. Virulente Altersbilder haben einen Anteil an der Diskriminierung am Arbeitsmarkt, so der Ungleichheitsforscher Jonas Radl in seinem [Beitrag](#) für die aktuelle Ausgabe der WZB-Mitteilungen des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB).

Informationsflut am Arbeitsplatz - Umgang mit großen Informationsmengen vermittelt durch elektronische Medien

In diesem Abschlussbericht der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) sind die Befunde des Projekts ["Informationsflut am Arbeitsplatz - Umgang mit großen Informationsmengen vermittelt durch elektronische Medien"](#) dargestellt.

Darin heißt es: "Informationsüberlastung lässt sich als ein multikausal verursachtes Phänomen verstehen, das Auswirkungen auf das Befinden und die Arbeitsleistung hat. Mit den betrieblichen Partnern ließen sich 12 Handlungsfelder ermitteln, auf deren Basis organisationale und informationstechnologische sowie individuelle Gestaltungsansätze entwickelt

wurden. Die Gestaltungsansätze für einen adäquaten Umgang mit Informationen bei Nutzung digitaler Medien folgen dem Leitgedanken einer menschengerechten Arbeitsgestaltung."

Wandel der Geschlechterverhältnisse durch Digitalisierung

Empirische Ergebnisse und [Gestaltungsansätze für Vereinbarkeit, digitale Sichtbarkeit und den Wandel von Tätigkeiten in der betrieblichen Praxis](#)" lautet der Untertitel einer Publikation der Hans-Böckler-Stiftung.

BMAS legt Evaluation des Mindestlohns vor

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat die Evaluation des Mindestlohngesetzes veröffentlicht.

Nach Angaben des BMAS zeigen die Evaluationsergebnisse, dass der Mindestlohn wirkt und den Arbeitnehmerschutz spürbar erhöht hat. Die Stundenlöhne im untersten Lohnbereich seien deutlich gestiegen, der Niedriglohnssektor leicht zurückgegangen und die Lohnverteilung gerechter geworden.

Alle Infos dazu in der [BMAS Pressemitteilung vom 14.12.2020](#)

Veranstaltungen

Chancenungleichheit: geplant, organisiert, rechtlich kodifiziert

Das Tagungsthema „Chancenungleichheit: geplant, organisiert, rechtlich kodifiziert“ markiert den Dauerbefund empirischer Bildungsforschung: Die hohe Verknüpfung von sozialer Herkunft und Bildungs- und Lebenschancen. Es darf aber selbstverständlich nicht zur Resignation führen, sondern vor allem diskutiert werden, welche Ansätze sich finden lassen, diesen engen Zusammenhang – wenigstens – zu lockern.

Termin und Ort: 22. Februar 2021 – Online. Die Tagung findet via Zoom statt. Die Teilnahme ist kostenfrei.

[Alle Infos und Anmeldung](#)

Inklusion durch Arbeit. Mehrwert für Alle

Der Online-Kongress der Bundesarbeitsgemeinschaft Inklusionsfirmen (bag if) bietet ein umfangreiches Programm rund um inklusives Arbeiten und Inklusionsunternehmen. Behandelt werden Themen wie: "Inklusion am Arbeitsplatz, wie funktioniert das in der Praxis?", "Arbeiten und Ausbildung in einem Inklusionsunternehmen" und "Erste Schritte zur Gründung eines Inklusionsunternehmens".

Termin und Ort: 24./25. Februar 2021 – Online. Die Teilnahme ist kostenfrei.

[Alle Infos und Anmeldung](#)

Update: SGB II

Das Seminar der bag arbeit greift aktuelle Entwicklungen im SGB II und den angrenzenden Bereich der Wissenschaft, des Rechts und der Politik in kompakter Form auf. Schwerpunkte sind die aktuellen Entwicklungen bei den Eingliederungsmitteln 2021, beim Teilhabechancengesetz und beim Sozialdienstleister-Einsatzgesetz (SodEG).

Termin und Ort: 26. Februar 2021 – Online. Die Teilnahmegebühr beträgt 195- 250 Euro.

[Programm und Anmeldung](#)

Projektmanagement in Vereinen, Verbänden und Parteien

Es gibt geeignete Methoden, um komplexe Aufgaben in politischen und gesellschaftlichen Organisationen erfolgreich zu bewältigen.

Sie lernen die wichtigsten Grundlagen des Projektmanagements kennen. Sie erkennen die Chancen und Risiken komplexer Aufgaben. Sie nutzen geeignete Lösungsstrategien und wenden Verfahren und Instrumente erfolgreicher Projektarbeit an.

Termin und Ort: 1. März 2021 in Hofgeismar. Die Teilnahmegebühr beträgt 300 Euro.

[Alle Infos und Anmeldung](#)